

1 G20 in Hamburg, Protest und Gewalt: Ein historisches Ereignis als analytische Linse

Simon Teune und Stefan Malthaner

Am 7. und 8. Juli 2017 versammelten sich in den Hamburger Messehallen Vertreter*innen der reichsten Länder der Welt für das Treffen der Gruppe der 20. Verschiedene Bündnisse und Initiativen riefen zu Protesten gegen das Treffen auf. Organisiert wurde ein vielfältiges Repertoire an Protestaktionen, das von einem Gegengipfel und Protestcamps über Performances, Straßenparaden und Fahrraddemonstrationen bis hin zu Blockaden und klassischen Aufzügen mit Start- und Abschlusskundgebungen reichte. Insgesamt dürften sich etwa 100 000 Menschen an den Aktionen beteiligt haben. Erinnerung wird im Rückblick auf die Hamburger Proteste jedoch vor allem die Eskalation der Gewalt. Schon im Vorfeld beschworen autonome, anarchistische und kommunistische Gruppen in martialischer Bildsprache Konfrontationen mit der Polizei und Störungen des Gipfels herauf. Die Verantwortlichen der Hamburger Polizei zogen eines der größten Polizeiaufgebote in der Geschichte der Bundesrepublik zusammen: Mit etwa 31 000 Polizist*innen und Massen an technischem Gerät sollte die Lage kontrolliert werden. Am Ende gab es jedoch über mehrere Tage andauernde Ausschreitungen mit Sachbeschädigungen, Plünderungen und Angriffen auf die Polizei. Polizeigewerkschafter*innen und Regierungsvertreter*innen sprachen im Nachhinein von einer »neuen Qualität der Gewalt«¹ von Seiten der Demonstrierenden. Gleichzeitig beklagten Protestteilnehmende wie auch Bürgerrechtsaktivist*innen und linke Oppositionspolitiker*innen

1 Bundesjustizminister Heiko Maas, zit. nach: *die tageszeitung*, 10. 7. 2017.

angesichts des Vorgehens der Sicherheitskräfte einen »Gipfel der Polizeigewalt«².

Die Proteste und die gewalttätigen Auseinandersetzungen rund um den Hamburger G20-Gipfel sind zu einem wichtigen Bezugspunkt in der deutschen Protestgeschichte geworden. »G20 in Hamburg« dient in Diskursen verschiedener Milieus und Spektren mittlerweile als Platzhalter für linke Protestgewalt und exzessive Polizeigewalt. »G20 in Hamburg« ist aber auch ein Anlass, um grundsätzliche Fragen zu Protest in demokratischen Gesellschaften und zum Verhältnis von Protest und Gewalt zu diskutieren. Die Ereignisse von Hamburg stellen zwar aufgrund des Ausmaßes der Ausschreitungen sowie des von der Polizei betriebenen Aufwandes einen Ausnahmefall dar. Aber sie reihen sich ein in eine Geschichte von internationalen Gipfelprotesten, etwa in Genua oder Heiligendamm, und lokalen Protestereignissen, wie die Auseinandersetzungen um das Atomkraftwerk Brokdorf oder die besetzten Häuser in der Hafensstraße, die mit ähnlicher, zum Teil mit noch intensiverer Gewalt verbunden waren. Was in Hamburg rund um den G20-Gipfel passierte, kann unserer Ansicht nach stellvertretend betrachtet werden für die Entstehung von gewalttätigen Auseinandersetzungen bei Protesten allgemein. Oder anders formuliert: Die Ereignisse liefern uns eine analytische Linse, um Eskalationsprozesse, die Wahrnehmung von – und Reaktion auf – Protest sowie die Austragung tiefer liegender gesellschaftlicher Konflikte zu untersuchen und besser zu verstehen.

Protest zwischen Routine, Regelbruch und Gewalt

Ganz grundsätzlich betrachtet ist der Regelbruch ein wesentlicher Bestandteil von Protest. Protest stört – und muss in gewisser Weise stören –, um Aufmerksamkeit zu erregen und deutlich zu machen, dass aus Sicht der Protestierenden Interessen nicht berücksichtigt sind, Ungerechtigkeit die Regel ist und gesellschaftlicher Handlungsbedarf besteht. Wer Protest organisiert, bedient sich der Drohung, die Ordnung zu stören, wenigstens eine Entscheidung oder Routine nicht ohne Widerspruch hinzunehmen. Wie der Soziologe Ralph H. Turner mit Blick auf die Watts-Unruhen von 1965 bemerkte, bewegt sich Protest zwischen Botschaften des Appells (*appeal*) und der Drohung (*threat*). Gerade die Kombination aus beiden Bot-

2 <https://web.archive.org/web/20180115132656/https://g20-doku.org/> [19. 12. 2022].

schaften generiert Aufmerksamkeit und erhöht den Handlungsdruck auf Entscheidungsträger*innen.³

Das heißt nicht, dass jeder Protest mit einem Regelbruch einhergeht. Tatsächlich folgt der Großteil aller Proteste einem etablierten Interaktionsmuster, für das es eingespielte, explizite und implizite Regeln gibt. Proteste werden angemeldet, haben einen bekannten Ablauf, kombinieren Formelemente wie Sprechchöre, Transparente und Kundgebungen mit Reden. Dadurch sind Proteste als solche erkennbar und zu einem gewissen Grad für alle Beteiligten berechenbar. Welche Form des Protestes als angemessen und legitim betrachtet wird, folgt indessen keinen fixen und unveränderlichen Regeln, sondern ist umstritten und Wandel unterworfen. Wo eine Grenze gezogen wird und wann sie überschritten wird, ist Gegenstand laufender Aushandlungsprozesse. Konnten auch einfache Protestmärsche in den 1950er und 1960er Jahren noch von Polizei und Verwaltung stark eingeschränkt werden, wurde das Demonstrationsrecht später weiter gefasst und durch Gerichtsentscheidungen wie das Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts abgesichert. Einschränkende Auflagen, Polizeimaßnahmen oder Verbote erklären Gerichte heute häufig für unrechtmäßig. Seine Grenzen findet die Versammlungsfreiheit vor allem im Strafrecht. Gleichzeitig geben Regelbrüche immer wieder zu symbolischen Grenzziehungen Anlass – und »testen« die Grenzen von Protest und die Balance zwischen Appell und Drohung aufs Neue. Zum Regelbruch gehört also die Arbeit an Grenzen. Diese findet in öffentlichen Debatten, in sozialen Medien, in der Medienberichterstattung und in parlamentarischen Debatten, aber auch in internen Foren von Protestgruppen und -bündnissen statt. Hier hat sich die Wahrnehmung von Protestgrenzen ebenfalls deutlich verschoben. Wurde in den 1970er und 1980er Jahren noch in manchen Protestspektren implizite und explizite Zustimmung für politische Morde und gegen Menschen gerichtete Anschläge geäußert, so ist die Gefährdung von Menschenleben nach den Erfahrungen mit der Roten-Armee-Fraktion, den Schüssen an der Startbahn West oder dem Tod von Carlo Giuliani am Rande der Proteste gegen den G8-Gipfel 2001 in Genua für die überwältigende Mehrheit der Protestierenden, zumindest in der politischen Linken, eine klare rote Linie.

In liberalen Demokratien ist Protest heute eine anerkannte und von vielen unterschiedlichen Gruppen genutzte Form des politischen Ausdrucks und der Beteiligung. Das bedeutet aber auch, dass bei den meisten

3 Ralph H. Turner, »The Public Perception of Protest«, in: *American Sociological Review* 34/6 (1969), S. 815–831, hier S. 821.

Protesten nicht mehr die Form als solche Aufmerksamkeit erregt, wie das noch für die ersten Aufzüge von Arbeiter*innen Ende des 19. Jahrhunderts galt. Um breiter wahrgenommen zu werden, muss ein Protest auf andere Weise hervorstechen, z. B. durch eine große Anzahl von Teilnehmenden, ein neues Thema oder weil er gut in die Nachrichtenlage passt. Zum Teil nutzen Protestierende institutionalisierte Kanäle wie Petitionen oder Bürgerbegehren oder weisen demonstrativ bei Kundgebungen und Protestmärschen auf Missstände hin; teilweise inszenieren sie aber auch den Regelbruch, um radikale Opposition, moralischen oder politischen Widerstand sichtbar und erlebbar zu machen. Dieser Regelbruch kann die Form zivilen Ungehorsams annehmen, der zumeist angekündigt wird und sich in den Mitteln explizit selbst beschränkt. Einige Gruppen gehen über diese Form des Regelbruchs hinaus, um etwa mit Sachbeschädigungen und Angriffen auf symbolische Ziele wie Konzernsitze, technische Infrastruktur oder die Polizei ein Drohpotenzial sichtbar zu machen und Aufmerksamkeit zu erzwingen.

Sobald Gewalt im Kontext von Protesten erwähnt, erlebt oder beobachtet wird, entwickeln Beteiligte und Beobachter*innen gleichermaßen das Bedürfnis, klare Grenzen zu ziehen, vor allem zwischen »friedlichem« und »gewalttätigem« Protest. Dabei wird allerdings sehr unterschiedlich ausgelegt, was als Gewalt zu werten ist. Für die einen beginnt Gewalt bei der Straßenblockade, die Menschen in ihrer Bewegung einschränkt, oder beim Wurf eines Farbbeutels. Für die anderen ist Gewalt ein Angriff auf die körperliche Unversehrtheit von Personen.⁴ Selbst wenn man dieser engeren Definition folgt, ist klar, dass der G20-Gipfel in Hamburg ein Gewaltereignis von für deutsche Verhältnisse außergewöhnlichem Ausmaß war – in Bezug auf die Zahl derjenigen, die Gewalt ausübten und erlitten, in Bezug auf die Intensität der Gewalt und schließlich auch in Bezug auf die zeitliche und räumliche Ausdehnung der Gewalthandlungen über mehrere Tage und zahlreiche Orte. Obwohl kaum bestreitbar ist, dass dabei sowohl Demonstrierende als auch Polizeikräfte Gewalt ausgeübt haben, lehnen die Beteiligten es ab, das Handeln der »eigenen« Seite als Gewalt zu bezeichnen. Bereits der Begriff »Gewalt« wird als diffamierend verstanden und nur für das Handeln der Gegenseite verwendet. Stattdessen ist

4 Diese Definition entspricht mehr oder weniger dem Vorschlag des Soziologen Heinrich Popitz, der Gewalt als Machtausübung gegen den Körper versteht: »Gewalt meint eine Machttaktion, die zur absichtlichen körperlichen Verletzung anderer führt« (Heinrich Popitz, *Phänomene der Macht. Autorität – Herrschaft – Gewalt – Technik*, Tübingen 1992, S. 48).

auf Seiten der Protestierenden von »Militanz«⁵ und »Widerstand« die Rede, auf staatlicher Seite von »Zwangsmaßnahmen«.

Gewalt wird damit zur zentralen Deutungssachse bei der Bewertung des G20-Gipfels in Hamburg, aber auch von Protesten im Allgemeinen. In den öffentlichen Debatten über Protest wird Gewalt skandalisiert und als etwas Ungeheuerliches dargestellt. An der Beurteilung einer Demonstration als »friedlich« bemisst sich ihre Legitimität. Das Auftreten von Gewalt dagegen führt nicht nur zu Zweifeln an den Anliegen von Protest, sondern auch – viel grundsätzlicher – dazu, dass Protesten der politische Gehalt abgesprochen wird.⁶ Das ist zum einen ein Ritual gesellschaftlicher Selbstversicherung über die Grenzen akzeptablen Verhaltens, also ein Verweis auf Spielregeln des Protests. Zum anderen ist die Skandalisierung eine Strategie der Delegitimierung. Häufig betonen besonders jene Akteur*innen Gewalt durch Protestierende, die mit den inhaltlichen Zielen eines Protests nicht übereinstimmen. Dabei werden Interaktionen zwischen Polizei und Protestierenden vor der Folie eines dominanten Bildes von Protestgewalt wahrgenommen und interpretiert, in dem Steine schmeißende Vermummte geradezu symbolhaft für linksradikale Protestgewalt stehen. Viele Journalist*innen reagieren mit großer Berechenbarkeit auf dieses Symbol und reproduzieren es selbst, indem sie entsprechende Bilder medial verbreiten. Auf der anderen Seite dienen die Skandalisierung von »Polizeigewalt« – und Bilder von körperlich gegen Demonstrierende vorgehenden Polizeibeamt*innen – häufig der Infragestellung des staatlichen Umgangs mit einem gesellschaftlichen Konflikt.

Gewalteskalation erklären: Der G20-Gipfel als Forschungsobjekt und das Projekt Mapping #NoG20

Gewalt und Protest sind also eng verflochten. Auch wenn die Gefahr gewaltsamer Konfrontationen bei Protesten immer wieder präsent ist, wird sie stark durch implizite Regeln des Protestes eingehegt. Zugleich ist Gewalt umstritten, Gegenstand von Interpretationen und Deutungskämpfen. Die Eskalation der Gewalt bei Protestereignissen wie dem G20-Gipfel wird damit zu einem besonders vielschichtigen, paradoxen Forschungsgegenstand. In gewissem Sinne war der Konflikt um den G20-Gipfel in

5 Z. B. Rote Flora, Presseerklärung vom 8. 7. 2017.

6 Simon Teune, »Wo fängt Gewalt an? Unterschiede in der Berichterstattung über Protest und Gewalt«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31/1–2 (2018), S. 214–225.

Hamburg eine Eskalation mit Ansage. Die bisherige Geschichte von Gipfelprotesten ließ konfrontativen Protest und einen harschen Polizeieinsatz erwarten. Die spezifische Hamburger Protestgeschichte von kleinen und größeren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und linker Protestszene verstärkte diese Zuspitzung. Dennoch schockierte die Gewalt, als sie in der Form tatsächlich eintrat, Beteiligte und Beobachter*innen gleichermaßen: wie kam es zu einer Eskalationsdynamik, die in Straßenschlachten, Plünderungen und dem Einsatz von Spezialeinsatzkräften endete? Was führte zu einer Härte in einzelnen Begegnungen, die selbst erfahrene Polizist*innen und Protestierende überraschte? Diese Fragen gilt es zu beantworten, denn – und das ist in gewisser Weise das Tragische der Ereignisse: Was von der Protestwoche blieb, hatte so kaum jemand gewollt.

Klärungsbedürftig ist zunächst der Verlauf der Ereignisse als solcher. Als zugangsoffenes Massenereignis, das im öffentlichen Raum und über mehrere Tage stattfand, war das Geschehen so unübersichtlich, dass nach dem Ende der Protestwoche viele Fragen offenblieben: Was ist eigentlich im Einzelnen und in welcher zeitlichen Abfolge passiert? Wer war an den Ausschreitungen beteiligt? Und in welchem Verhältnis stehen die teils schon ikonisch gewordenen Gewaltbilder und die vielfältigen Geschehnisse während der Protestwoche? In der Erinnerung der Beteiligten ebenso wie in der Medienberichterstattung dominierte eine selektive Wahrnehmung, wurden unterschiedliche Aspekte hervorgehoben, auf unterschiedliche Szenen und Dokumente verwiesen; über viele Einzelsituationen und Zusammenhänge bestand lange Zeit noch Unklarheit.

Diesen Fragen widmete sich das Forschungsprojekt »Mapping #NoG20«, auf das dieser Band zurückgeht. Das Projekt entstand im Herbst 2017 – unter dem Eindruck der Ereignisse von Hamburg – aus einer Kooperation des Zentrums für Technik und Gesellschaft an der Technischen Universität Berlin, des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung und des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Es wurde getragen von einem Netzwerk von 29 Forscher*innen und ihren Forschungsinstitutionen.⁷ Das Forschungsnetzwerk hatte sich zum Ziel gesetzt, die Ereignisse zunächst möglichst genau aus unterschiedlichen Perspekti-

7 Zu Forschungsperspektive und Methodik des Projektes siehe Kapitel 2, »Mapping #NoG20 – Das Projekt«. Zum Hintergrund und den Beteiligten siehe die Projektwebseite (<https://g20.protestinstitut.eu/> [6.10.2022]) sowie den Projektbericht (https://g20.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/09/Eskalation_Hamburg2017.pdf [6.10.2022]).

ven zu rekonstruieren und zu analysieren. So untersuchten die Module des Projektes etwa (quasi »mikroskopisch«) konkrete Momente der Eskalation, führten Befragungen, Medienanalysen und Auswertungen der Kommunikation auf sozialen Medien durch, analysierten aber auch die mittel- und längerfristige Vorgeschichte und den Gesamtverlauf der Protesttage sowie die Vorbereitungen und Handlungsrepertoires von Protestierenden und Polizei.⁸ Diese Untersuchungen, deren Ergebnisse zunächst im Herbst 2018 in einem Bericht veröffentlicht wurden, sah das Forschungsteam als einen ersten Schritt in Richtung einer Erklärung und Einordnung der Gewalteskalation in Hamburg. Zugleich sollte durch eine archivarische Sammlung von Daten, Dokumenten und Zeugnissen in Zusammenarbeit mit dem Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung eine zukünftige Beschäftigung mit den Ereignissen rund um den G20-Protest ermöglicht werden. Als Beitrag zu einer im Nachgang der Ereignisse hitzig geführten Debatte stand das Projekt selbst nicht außerhalb der Deutungskämpfe, sondern muss als Teil davon verstanden werden.

Die beteiligten Forscher*innen vertraten dabei durchaus unterschiedliche politische Positionen, Forschungsperspektiven und methodische Ansätze. Was sie einte, war die Überzeugung, dass man das Geschehen, um sich der Dynamik der Gewalt tatsächlich annähern zu können, zunächst in seiner Vielschichtigkeit und Uneindeutigkeit begreifen muss. Konkrete Konfliktsituationen entfalten eine eigene, situative Dynamik. Sie stehen jedoch nicht allein, sondern sind in übergreifende Prozesse und Konstellationen eingebettet – in die Geschichte von Gipfelprotesten und lokalen Konflikten, in Ereignissequenzen im Verlauf der Protestwoche. Sie sind geprägt von eingeübten Repertoires, Wahrnehmungsmustern und (medial vermittelten) Deutungsprozessen sowohl auf Seiten der direkt Beteiligten (Polizei und Demonstrierenden) als auch auf Seiten von Beobachter*innen. Ein zweiter gemeinsamer Ausgangspunkt war, dass die Eskalation der Gewalt als Ergebnis von im Kern interaktiven Prozessen untersucht werden muss. Das bedeutet weder, dass das Vorgehen der verschiedenen Seiten als gleichwertig legitim oder ihr Kräfteverhältnis und ihre Organisationsformen als symmetrisch angesehen werden, noch, dass dadurch Verantwortung einseitig zugewiesen (oder abgewiesen) werden soll. Dass die Asymmetrie der Konfliktparteien – »Vertreter*innen« des Gewaltmonopols auf der einen Seite und seine Herausforderer*innen auf der anderen – diese

8 Mehr Informationen zum Forschungsansatz und den Grenzen des Projektes finden sich in Kapitel 2.

Interaktion prägt, steht außer Frage. Was damit gemeint ist, ist zunächst nicht weniger und nicht mehr, als dass die Handlungen verschiedener Beteiligter aufeinander einwirken und das Ergebnis nicht ohne diese Wechselwirkungen zu verstehen ist. In diesen Ausgangsüberlegungen steckt jedoch weniger ein vorgefasster Erklärungsansatz als eine Heuristik – eine Art und Weise, Fragen zu stellen und zu beobachten. Die in diesem Band zusammengefassten Beiträge wollen diesen Fragen noch einmal und auf neue Weise nachgehen.

Der Anstoß, die Überlegungen und Forschungen, im Rahmen von Mapping #NoG20 in Form eines Sammelbandes zugänglich zu machen und weiterzuführen, ergab sich aus Gesprächen mit dem Verlag Hamburger Edition sowie der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Gewalteskala­tion um den G20-Gipfel stellt einen Kristallisationspunkt der Debatte um Protest und Gewalt dar, der ihr eine Bedeutung verleiht, die über das Ereignis selbst hinausgeht. So werden die G20-Proteste zu einer analytischen Linse, durch welche die Dynamik der Gewalt schärfer gesehen werden kann, als dies anhand von anderen Forschungsgegenständen möglich wäre. Zu diesem Zweck wurden Untersuchungen, die auf Forschungsmodulen des Projektes beruhen, überarbeitet und durch weitere Analysen von Fachkolleg*innen sowie durch kommentierende Beiträge aus unterschiedlichen Perspektiven, von polizeipraktischen bis hin zu sozialtheoretischen, ergänzt.

Zur Gliederung des Bandes

Der vorliegende Band besteht aus drei Teilen. Der erste Teil (Kapitel 2 bis 10) enthält eine überarbeitete Fassung des Forschungsberichtes mit Rekonstruktionen und Analysen der Gipfelwoche, die auf Forschungsmodulen von Mapping #NoG20 basieren. Nach einer einleitenden Übersicht zum Forschungsansatz und methodischen Vorgehen des Projektes werden die Ausgangskonstellation sowie Praktiken der Polizei und verschiedener Protestspektren dargestellt (von Robert Matthies und Nils Schuhmacher sowie Philipp Knopp, Stephanie Schmidt, Roman Thurn und Peter Ullrich). Dem folgen eine Untersuchung der Auseinandersetzungen um die Protestcamps (von Fabian Frenzel, Nina Fraeser und Roman Thurn) sowie Situationsanalysen signifikanter Gewaltereignisse (von Thomas Hoebel, Stefan Malthaner und Chris Schattka). Den Abschluss des ersten Teils bilden eine Medienanalyse (von Moritz Sommer, Simon Teune und Corinna Harsch) und eine Auswertung der Kommunikation auf Twitter

während der Protesttage (von Eddie Hartmann, Sabrina Arneith und Felix Lang).

Teil 2 (Kapitel 11 bis 15) umfasst vertiefende und einordnende empirische Studien, die in gewissem Sinne Lücken im ursprünglichen Forschungsprojekt schließen, die durch die Konzentration auf die Protestwoche im Juli 2017 entstanden sind. Neben einer Auswertung von Demonstrationsbefragungen von Moritz Sommer und Sebastian Haunss gehört dazu eine Verortung des G20-Gipfels in der Geschichte von Gipfelprotesten in Europa und den USA (Donatella della Porta und Simon Teune) sowie die lokalgeschichtliche Studie »Hamburger Wetter« von Robert Matthes und Nils Schuhmacher. Dorte Fischer fasst in ihrem Beitrag die politischen und rechtlichen Folgen der G20-Proteste zusammen und Philipp Brendel analysiert die Deutung der Ereignisse durch die Demonstrierenden, insbesondere im Spektrum der radikalen Linken.

Die Beiträge des dritten und letzten Teils (Kapitel 16 bis 24) kommentieren und ergänzen die Untersuchungen in unterschiedlicher Hinsicht. Am Anfang stehen mehrere Beiträge aus dem Feld der Protestforschung: Dieter Rucht diskutiert gängige, aber irreführende Interpretationsmuster von Protestgewalt; Mattias Wahlström ordnet die Diskussion über die Hamburger Ereignisse in der radikalen Linken entlang von dominanten Narrativen über die Entstehung und Legitimation von Protestgewalt ein; Priska Daphi verweist auf die Rolle kollektiver Erinnerung an frühere Gipfelproteste für das Selbstverständnis von Protestierenden und deren Einordnung aktueller Protestereignisse; und Donatella della Porta hebt ein übergreifendes Muster im polizeilichen Umgang mit Gipfelprotesten des *global justice movement* hervor, das die Bedeutung situativer Eigendynamiken in ihren Augen relativiert. Rafael Behr stellt eine Reihe von Thesen zur Diskussion, die den Hamburger Polizeiansatz auf eine allgemeine Tendenz zu »polizeilichem Rigorismus« zurückführen. Auch Udo Behrendes befasst sich mit der Hamburger Polizeistrategie und stellt sie früheren Erfahrungen mit deeskalierenden Maßnahmen in zugespitzten Konflikten gegenüber. Den Abschluss bilden drei sozialtheoretische Perspektiven. Zunächst arbeiten Thomas Hoebel und Wolfgang Knöbl Kernelemente der prozessualen Dynamik gewaltsamer Eskalationen heraus. Wilhelm Heitmeyer führt die Eskalation von Gewalt in seinem Beitrag zurück auf die beiderseitig fehlende Bereitschaft, Fehler zuzugeben und das eigene, auf Eskalation angelegte Verhalten zu ändern. Abschließend hinterfragt Jan Philipp Reemtsma im Gespräch mit Stefan Malthaner gängige Erklärungen für Gewalt, insbesondere für Gewalt bei kollektiven Ausschreitungen.

Inhalt

1	G2o in Hamburg, Protest und Gewalt: Ein historisches Ereignis als analytische Linse <i>Simon Teune und Stefan Malthaner</i>	9
Teil 1	Analysen der Protestwoche	19
2	Mapping #NoG2o: Forschungsperspektive und Methoden <i>Simon Teune, Peter Ullrich, Stefan Malthaner und Philipp Knopp (Mitarbeit)</i>	21
3	Die Ausgangskonstellation: Der Protest <i>Robert Matthies und Nils Schuhmacher</i>	31
4	Die Ausgangskonstellation: Die Polizei <i>Philipp Knopp, Stephanie Schmidt, Roman Thurn und Peter Ullrich</i>	43
5	Polizeipraktiken: Zwischen »deeskalativer Stärke« und kontrollierter Eskalation <i>Philipp Knopp, Stephanie Schmidt, Roman Thurn und Peter Ullrich</i>	54
6	Protestrepertoires: Diversität und Veränderung <i>Robert Matthies und Nils Schuhmacher</i>	61
7	Umkämpfte Camps: Erste Konflikte um Grundsätzliches <i>Fabian Frenzel, Nina Fraeser und Roman Thurn</i>	71
8	Schlüsselereignisse einer erklärungsbedürftigen Eskalation: »Welcome to Hell«, Blockadefinger und brennende Schanze <i>Thomas Hoebel, Stefan Malthaner und Chris Schattka</i>	75
9	Der Filter der Nachrichtenproduktion <i>Moritz Sommer, Simon Teune und Corinna Harsch (Mitarbeit)</i>	100
10	Eskalation in Tweets: Die Rolle sozialer Medien <i>Eddie Hartmann, Felix Lang und Sabrina Arneth</i>	108

Teil 2	Kontext	119
11	Grenzen von Protest: Auswertungen von G20-Demonstrationsbefragungen <i>Moritz Sommer und Sebastian Haunss</i>	121
12	G20 in Hamburg und die Geschichte des Gipfelprotests <i>Donatella della Porta und Simon Teune</i>	136
13	Hamburger Wetter: Eine lokalgeschichtliche Kontextualisierung des Protests <i>Robert Matthies und Nils Schuhmacher</i>	144
14	Die parlamentarische und strafrechtliche Aufarbeitung der NoG20-Proteste <i>Dorte Fischer</i>	161
15	Zwischen Kritik, Solidarität und Ermächtigung: Die Debatten in den Protestspektren nach dem G20-Gipfel in Hamburg <i>Philipp Brendel</i>	182
Teil 3	Debatte	197
16	Das Elend der Riffraff-Theorie: Ein Plädoyer für eine differenzierte Betrachtung von Protestgewalt <i>Dieter Rucht</i>	199
17	Wie kollektive Gewalt erzählt wird: Die Deutung von Eskalation zwischen strategischer Planung und spontanem Ausbruch <i>Mattias Wahlström</i>	205
18	Schlüsselmomente: Gipfelproteste in aktivistischen Erinnerungen <i>Priska Daphi</i>	215
19	<i>Protest policing</i> im späten Neoliberalismus: Der Kontext situationsbezogener Erklärungen <i>Donatella della Porta</i>	225
20	Polizeilicher Rigorismus und soziale Auflehnung: Zehn Thesen zur Rolle der Sicherheitskräfte während der Ereignisse rund um den G20-Gipfel und in der Zeit danach <i>Rafael Behr</i>	230
21	Lehren aus G20 für die Polizei? <i>Udo Behrendes</i>	239

22	Autoritarismus und Fehlerkultur <i>Wilhelm Heitmeyer</i>	253
23	Zur Eskalation und Deeskalation von »Gewalt im Protest« <i>Wolfgang Knöbl und Thomas Hoebel</i>	259
24	»Die Verrätselung des Offensichtlichen«: Jan Philipp Reemtsma über die Erklärung gewaltsamer Ausschreitungen. Ein Gespräch mit Stefan Malthaner	267
25	Grenzüberschreitungen: Über den Zusammenhang von Protest und Gewalt <i>Stefan Malthaner und Simon Teune</i>	275
	Autor*innenverzeichnis	288
	Danksagung	295